

sonnen finden, wo nicht ein bedeutender Preisaufschlag stattgefunden hat. Dazu kommt noch die Nachtaxe mit 50 Pf. auf das für jedes Rezept. Nun könnte man glauben, der Preis der Apothekensorte könnte den Aufschlag bedingen, aber dies liegt der Fall. Bei dem Krankenkassen würde es sich am Schluß des Jahres zeigen, welche Summen für mehr bezahlt haben. Was wäre da die Sparsamkeit der Kasse bei den Rezepten und anderen Gebühren, wenn diese Erpartheit, sowie der Abfall, den die Apotheken genöthigt, durch diese erhöhte Taxe sofort doppelt und dreifach wieder aufgehoben werden. Es ist deshalb bringend notwendig, daß die Verhandlung Stellung zu dieser Frage nehme und einen Weg finde, auf welchem eine Bevölkerung der Medikamente bei dieser Revision zu erhalten. Vorstehender Fräsdorf teilt dann mit, daß in der Jahrestagung des Deutschen Zentralverbandes der Krankenkassen die neue Arzneitaxe beschlossen werde. Ein Artikel habe für diesen Punkt das Referat übernommen. Es wird darauf beschlossen, der Verhandlung des Zentralverbandes folgenden Antrag zu unterbreiten: 1. Die baldige Revision der deutschen Arzneitaxe und 2. die Mitteilung der Ortskassenfeste bei dieser Revision zu ertheilen. Hammer-Hettendorf empfahl den Antrag als einzigen jetzt einzuholgenden Weg, weil bis jetzt das Beweismaterial aus den Kosten noch fehle. Die Annahme des Antrages erfolgte einstimmig. Zu Punkt 1 berichtet Vorstehender Fräsdorf über eine an den Reichslandrat zu richtende Petition auf Abänderung und Vereinfachung der Arbeiter-Versicherungsgesetze, sowie über das Bestreben auf Sicherung oder Einschränkung der Selbstverschuldung. Die Notwendigkeit der Zusammenlegung wird schon lange diskutiert und es ist eine unabdingbare Notwendigkeit, daß an Orten, wo mehrere Ortskassenfeste bestehen, dieselben vereinigt werden. Auch die Betriebskassenfeste müssen aufgehoben werden, wenn sie nicht über 1000 Mitglieder haben, da es sonst von vornherein ausgeschlossen ist, daß sie eine genügende Unterstützung gewähren können. Ebenso seien die Innungskassen überflüssig, da die Arbeiter kein Interesse daran hätten. Ferner sei unbedingt darum bemüht, daß alle drei Versicherungsanstalten (Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Invalidenfassen) zu einer gemeinsamen Versicherungsanstalt vereinigt werden. Es wird dadurch das Verfahren, da es sich vielfach um dieselben Personen handelt, erleichtert und der Streit zwischen den einzelnen Organisationen bezüglich der Unterstützungspläste beseitigt werden. Der Verhandlungsrat kam zum Schlus daraus zu schließen, daß in den Kassenfestsen keine Politik getrieben werde. Die Bureaucratie glaubt, die Verwaltung nur allein ausführen zu können und traut dies den Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht zu. An Stelle des ehrlichen Vertreters Biechem-Wachtmuths referierte Sör-Schönen über die Einführung der Krankenversicherungspflicht der Haushalte gewerbetreibenden. Vorstehender Fräsdorf führte aus, daß der Versicherung der Heimarbeiter im Prinzip zugestimmt sei, leider sei dies aber, so lange keine Zusammenlegung aller Kosten erfolkt sei, nicht gut möglich, da die Heimarbeiter ein zu großes Risiko für die Kassenfestsen bringen. Er stellt darum den Antrag, die Bedürftigkeit der Haushaltgewerbetreibenden auf Einbeziehung in die Krankenversicherung im Prinzip anzuerkennen, die Durchführbarkeit dieser Maßregel aber zu verneinen, so lange nicht für diese Versicherung ein breiterer Untergrund durch Zentralisierung der Kassenfestsen geschaffen ist. Der Vertreter Klees-Wurzen wollte diesen Antrag abgelehnt wissen, da er jedes soziale Empfinden vermissen lasse. Nedner betont: Wir dürfen den Fortschritt nicht abhängig machen von größeren Reformen, sonst können wir lange warten. Mit demselben Recht, wie die Ablehnung der Versicherungspflicht der Haushaltgewerbetreibenden könnte man auch die der Dienstboten ablehnen. Für die angefochtene Versicherung der Heimarbeiter müsse eingetreten und deshalb der gesetzte Antrag abgelehnt werden. Vorstehender Fräsdorf wird wiederholt darum bitten, daß der Fortbestand der Kassenfestsen unter den jetzigen Verhältnissen durch Einbeziehung der Heimarbeiter schwer gefährdet werde; man könne nicht für 10 Prozent einen Nutzen erzielen, wenn die anderen 90 Prozent wesentlich geschädigt werden. Der Antrag wurde darauf gegen 4 Stimmen angenommen. Müller-Schnecke berichtete über den direkten Bezug von Verbandsstoffen seitens der Kassenfestsen. Durch die neue Arzneitaxe seien die Ausgaben in den Kassenfestsen vermehrt worden und es sei deshalb Müll, Mittel und Wege zu finden, um der Ausbeutung durch die Apotheken entgegenzutreten. Bondagis Holzhans warnte vor den Wasserarten, da in solchen Dingen Wacht und Notwendig sei. Nachdem noch Bischöf-Durlach und Thiele-Niedner für den direkten Bezug gesprochen, wandten sich die Vertreter Lange-Falkenstein, Riegel-Meerane und Starke-Dresden gegen diese Maßnahme und betonten besonders, daß es Pflicht jedes Kassenstandes sei, für das heimische Gewerbe zu sorgen und den Bezug am Orte auszuführen. Auch Vertreter Hartz-Reichenbach unterstützte diese Meinung. Vorstehender Fräsdorf legte ebenfalls, daß die Kassenstande Pflicht auf die Gewerbetreibenden am Orte zu nehmen hätten und daß die Verhandlung der Dresdner Ortskassenfeste darauf halle, alles, was zu annehmbaren Preisen zu kaufen sei, am Orte zu kaufen; wenn man jedoch für den Gegenland 100 Prozent mehr bezahlen müsse, dann ist es wiederum Müll, daß zu tun, was im Interesse der Kasse getan werden muß und durch direkten Bezug Erpartheit zu machen. Nedner erwiderte aber den Bezug von Bandagen in Waffen nicht, da oft komplizierte Brüche vorliegen, wo es nur Sache eines geschickten Bandagisten oder Arztes sein könnte, das Band angemessen. Vorstehender Fräsdorf dankte darauf für den zahlreichen Besuch, insbesondere auch für das von den Behörden gezeigte Interesse (Siedler). Niedner war bis zum Schluß der Tagung anwesend, sowie der Meißner Kollegen für die Gutsstandeshälfte und ermahnte nochmals zum fairen Zusammenhalt und einheitlichen Vorgehen in allen die Gewerbe betreffenden Fragen, worauf die Verhandlung geschlossen wurde.

In Nummer 173 unseres Blattes war ein Artikel über die letzten Verhandlungen des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege in Stuttgart aus der "Post" veröffentlicht worden. Um gewisse, in diesem Artikel zum Ausdruck gebrachten Ansichten über die Tätigkeit dieses Vereins, insbesondere über die "sozialistische Lehre der Erziehung" zu beurteilen und teilweise zu berichtigten, sendet uns Herr Bürgermeister Lehrer, der Vorsitzende der Abteilung für Schulgesundheitspflege des Dresdner Lehrervereins, folgende Zeitschrift: 1. Mitteilung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege kann jeder werden, der 3 Mr. Jahresbeitrag an B. G. Deutscher Zeitung sendet. Dafür erhält er alle Mitgliedsverzeichnisse, n. a. auch die Vereinszeitchrift "Schule und Jugend" unentbehrlich. Also alle Väter und Mütter sind herzlich willkommen! Auf dem 1. Internationalen Kongress in Nürnberg wurden die Reden verschiedener Mütter mit großem Beifall aufgenommen. 2. Die schulärztlichen Untersuchungen sind für die Schüler allenfalls freiwillig. Die Fragebögen können auch von den Hausärzten ausgefüllt werden. Die Praxis aber zeigt, daß die Eltern von diesem Rechte überall höchst selten Gebrauch machen, nachdem sie gelehrt haben, soich außerordentlich Tatkraft, daß der Arztschreiber in der "Post" ja fordert, die untersuchenden Schüler an den Tag legen. Außerdem hat die Schule die Pflicht und kommt auch das Recht, sich offizielle Ausklärung über die körperliche und seelische Individualität des Schülers zu verschaffen, dessen Ausbildung von ihr verlangt wird. Die Schule muss wissen, an welche Schüler sie unbedingt mit ihren vollen Anforderungen heranziehen darf und bei welchen Schülern eventuell Sonder-Maßregeln zu ergreifen sind. So sind z. B. zwei Kinder grenzenlos zerstreut, der eine, weil ihm die Arbeit keine Lustgefühle erzeugt, der andere, weil er infolge von Rattenrachenbeschwerden seine Ausmerksamkeit nicht konzentrieren kann. Solche Kinder haben mit 10 bis 12 Prozent unter unserer Jugend. Welche Ungerechtigkeit, wenn diese beiden soeben gleichen Zeitgenossen dieselbe Beurteilung und exaktische Behandlung erhalten! Da der Natur würden beide Fälle denselben Erfolg haben, beide unmerklichen Individuen würden vielleicht zu grunde gehen, den Pädagogik aber ist eine Kunst, sie sucht ihren Platz darin, den Pädagog nach dem heutigen Stande der Wissenschaft in seiner Individualität zu föhlen und diese emporzubauen, dem einen Biß an der Vollkommenheit. Wie oft erwecken sich Kinder mit runden, blühenden Gesichtern bei der Untersuchung als körperlich sowohllich und ungelebt! Der Lehrer ist dann

bei leidender Untersuchung in größter Gefahr, den häufig unterbrochenen Vorstellungsvorlauf, die Gemütsdepressionen und die daraus resultierende Willenschwäche — ganz alltägliche Erlebnisse im Seelenleben der Natur — diesen ungünstigen aussichtslosen Konto zu legen. Dadurch kann eine nicht wieder auszugleichende Verbilligung beim Pädagog geschaffen werden. Über wie vorlängig wird der Pädagog sein, einem anderen ganz gesunden Schüler gegenüber, bei dem aber der Schulrat einen dieser untermalten Gelehrten entdeckt hat, wenn er weiß, daß sich gerade bei diesen Schülern häufig weitständigste Nervenzustände einstellen? Diese sind gewöhnlich leicht zu beobachten, wenn bei den ersten Anzeichen dort auf kurze Zeit Verzerrung eintrete. Sie können sich aber zu schweren Schädigungen steigern, wenn sie von Schule und Haus, vielleicht gar mit dem Stode, als "Ungesogenheit" bekannt werden. Um möglichste Klarheit über die körperlichen Zustände und deren leichte Auswirkungen zu erlangen, ist das engste Zusammenarbeiten von Arzt und Lehrer notwendig. Beide werden aber ihr berliches Ziel nicht erreichen, wenn nicht auch das Elternhaus in dieser Hinsicht jene Dritte der Pflichten übernimmt. Dieses ist doch eigentlich am meisten dabei interessant. Wenn ich mich auch dem bringenden Wundrath des Artikels aus der "Post" an, das sich die Öffentlichkeit recht viel mit der Schulzihaiene beschäftigt.

— In dem getätigten Bericht über die Hauptversammlung des Luthervereins zur Erhaltung der deutschen evangelischen Schulen in Österreich vom 26. d. M. hat sich insofern ein Irrtum eingeschlichen, als sich in jener Versammlung nicht bloß ein provisorischer, sondern ein für drei Jahre definitiv geschaffener Hauptvorstand gebildet hat, der aber in Zukunft die Fortsetzung der Geschäfte noch erweitert werden soll. Diese Erweiterung kann jedoch erst erfolgen, wenn ein Antrag auf Statutänderung gestellt und — wie vorzusehen — angenommen wird.

— Dem Landesverein zur Unterstützung verwohnter und unterdrückter Predigerstöchter, der von einem Jel. Thiemann

in Oberlößnitz, der Tochter eines preußischen Superintendents, zum Unterhalter ernannt worden war, sind aus tiefer Erbostheit nach Abzug verächtlicher Vermächtnisse 14 000 Mr. zugeschlossen.

— Die für morgen vormittag 11 Uhr anberaumte Kreis-

ausschüttung findet nicht statt.

— Die Kreisstadt Gruppe des Evangelischen Arbeitervereins veranstaltete am Sonntag im Lindenboden ein Sommerfest, das sehr zahlreich besucht war. Unter den Ehrengästen gehörte mir der Herr Pastor Rühn, Stadtverordneter Max Haupt, sowie den Ehrenvorsitzenden des Vereins, Herrn Oberlehrer Stöhr. Die Quelle des Schützenregiments unter Direktion des Herrn A. Helbig bot ein vorbildliches Programm. Zum Abschluß der Unterstützungsfeste des Vereins stand eine Gedenklotterie statt. Die Spielabteilung des Turnvereins für Neumarkt bot turnerische Vorführungen abends bei bengalischer Beleuchtung.

— Der Allgemeine Turnverein zu Dresden saeat (1844) bietet auch in diesem Jahre jungen Leuten, die zum Militär ausgeboren sind und sich für den Militärdienst vorbereiten wollen, Gelegenheit, soz. Recruitenreisen beizutreten.

Die Übungen beginnen am 6. bzw. 6. Juli und finden

Mittwochs und Sonnabends abends von 8 bis 10 Uhr statt in der Vereinsturnhalle an der Bergmannstraße, Montags und Donnerstags in der Schulturnhalle des Sedanstrasse 19. Anmeldungen werden dabei entgegengenommen.

— Für die Bewohner der Vorstädte Neu-Gruna und Seidnitz bietet sich morgen Gelegenheit, in dem südlichen Hebestellengrundstück, Tollwitzer Straße 16, die am 20. d. M. fällig werden Landrente und Landesfutterrente, sowie alle übrigen Steuern zu den üblichen Kostentümern, vormittags 9 bis 1 und nachmittags 1/2 bis 5 Uhr abzuzahlen.

— Ein schweres Unglück auf der Straßenbahn ereignete sich, wie bereits telegraphisch kurz gemeldet wurde, am Dienstagabend in der 10. Stunde in Plauen i. B. Infolge Verlags der Bremse fuhr ein zahlreich besetzter Wagen der elektrischen Straßenbahn die steile Bahnhofstraße hinab, entgleiste am "Tunnel", zerstörte einen Teil des Sudowischen Ladens und schlug dann an der Treppe am Eingang zur Schusterstraße um. 16 Personen sind verletzt, drei davon schwer, eine ist tot. Der Vogl. Ans." berichtet über den Unfall des näheren: „Bei dem Straßenbahnwagen Nr. 11 zeigte sich, als er vom Bahnhof abwärts fuhr, daß die Bremse versagten, und der Bahnüffers Schröter wurde deshalb beauftragt, den Wagen nach dem Depot zurückzubringen. Nachdem die eine Bremse auf dem Albertplatz vorläufig von dem Schlosser mit Hilfe eines Striches befestigt worden war, versuchte der Wagenführer weiterzufahren. Bald häufte sich dabei der Wagen in Flausch. Auf den warnenden Ruf von einem Führer eines vorüberfahrenden elektrischen Wagens meinte der Schlosser: „Wir nehmen die elektrische Bremse da kommen wir schon rein.“ An der Haltestelle in der Nähe des Claußischen Delikatesengeschäfts gelang es dem Führer noch den Wagen zum Halten zu bringen. Dort liegen noch einige Personen zu, sodass insgesamt etwa 15 Personen sich in dem Wagen befinden. Als der Wagenführer weiterfuhr, häufte sich der Wagen wiederum plötzlich in dichten Rauch und sauste nun, da die Bremse versagten, die steil abfallende Bahnhofstraße in wichtiger, sich immer schneller gestaltender Fahrt abwärts. Wie der Blyl sauste der Wagen vorüber, so erzählten die Leute, an denen er vorbeifuhr. Glücklicherweise war das Gleis frei. An der nächsten Stelle der Bahnhofstraße, wo der Fall 1:12,80 beträgt, sprangen eine Anzahl Personen vom Wagen: sie haben fast lärmlich Verlegerungen davongetragen. An der Kurve im Tunnel sprang der Wagen aus dem Gleis, fuhr etwa 30 Meter über das Straßenpflaster, rutschte am Tunnel einen Teil des Sudowischen Ladens, sowie die ganze linke untere Ecke des Tunnel-Bordsteues fort und schlug am Eingang der Treppe zum Schustergäßchen mit donnerndem Krach um. In viele tausend Teile wurde der Wagen zertrümmert. Alle Insassen wurden verletzt, besonders erheblich der Wagenführer und der Schlosser, die auf dem Bord-Absturz standen. Leider wurde auch ein Arbeiter, der vor der Treppe zum Schustergäßchen stand, überfahren und schwer verletzt. Die im Inneren des Wagens befindlichen Personen trugen gleichfalls erhebliche Verlegerungen davon, am besten fanden noch einige junge Leute davon, die auf dem hinteren Absturz standen und lediglich bei der Zerstörung des Wagens Abhängungen erlitten. Hilfe war sofort zur Stelle. Die schwer Verwundeten wurden in nahegelegene Gebäude oder zu nahewohnenden Arzten und dann ins Krankenhaus gebracht, den leichter Verletzten wurde auf dem Platz selbst von einigen Arzten und Sanitätspersonalen Beistand geleistet. Da man fürchtete, daß noch Personen unter den Wagenruinen befanden, wurde das Wagengestell in die Höhe gewuchtet und der Trümmerhaufen genau durchsucht. Glücklicherweise erwies sich die Befürchtung als nicht gerechtfertigt. Kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb leider der Straßenbahnschlosser Schröter.“

— Von einer Anzahl Baumärznehmer in Zwönitz hatte der Dezernent der dortigen Baupolizei, Bürgermeister Wünck, in einem Rundschreiben nochmalige Zahlung der im vorigen Jahre von Altvater Lorenz unterjährigen Baugenehmigungsgelder verlangt. Eine auf vorgestern einberufene Verhandlung der Interessenten beschloß einstimmig, den Bürgermeister Wünck regelrechtlich zu machen. Bezüglich der formellen Auffassung des Rundschreibens besteht sich die Verhandlung vor, gegen Wünck Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen. Die Beleidigung wird erledigt in dem Vorwurf der „Gutmoraligkeit, Bequemlichkeit und Unselbständigkeit“. Es soll ferner festgestellt werden, ob Wünck auf Grund eines Ratsbeschlusses oder selbständig vorgegangen ist. Eine fünfköpfige Kommission soll die weiteren erforderlichen Schritte tun.

## Marocco.

Noch ehe die deutsche Antwortnote in Paris überreicht worden ist, hat der französische Ministerrat, wie der Pariser Korrespondent der "Franz. Presse" meldet, den Ministerpräsidenten und Minister des Außenwesens ermächtigt, die vom Sultan vorgeschlagene Konferenz anzunehmen. Gleich-

zeitig ist dem genannten Blatte von seinem Berliner Korrespondenten der Inhalt der deutschen Antwortnote übermittelt worden. Man darf annehmen, daß auch die französische Regierung Kenntnis vom Inhalt der Note erhielt, bevor sie überreicht wurde, so daß sie sofort Stellung nehmen konnte. Was die Note selbst betrifft, so erkennt sie, daß Frankreich auf Grund seiner algerischen Grenzabschaffung gewisse Rechte in Anspruch nehmen könnte, aber in Anspruch nehmen könne, was die Note für ungültig, da dies der Entscheidung der Mächte vorengreift; die Aufstellung eines solchen Programms sei vielmehr Sache des Sultans als desjenigen, der zur Konferenz eingeladen habe. Hier scheint nun ein Widerspruch vorzuliegen, da einerseits die Note es ablehnt, vor der Konferenz mit Frankreich Vereinbarungen zu treffen, während andererseits die Pariser Meldung der "Franz. Presse" besagt, die französische Regierung werde, nachdem sie die Einladung zur Konferenz angenommen habe, auf die Aufgaben dieser Konferenz zu verständigen. Vielleicht löst sich der Widerspruch in der Weise, die der "Petit Parisien" über die Konferenz, ihre Aufgabe und ihre Vorbereitung angekündigt hat. Darauf würden zwischen Deutschland und Frankreich allerdings keine bestimmten Abmachungen vor der Konferenz getroffen werden, wohl aber könnten sich beide Mächte in freier Weise, ohne geschriebenen Falt, über einzelne Vorschläge verständigen, die sie der Konferenz unterbreiten wollen. So haben es beide Mächte bekanntlich auch vor und während der Würzburger Konferenz gehalten; ihre beiden Vertreter waren angewiesen worden, mit einander Hand in Hand zu gehen. Der "Petit Parisien" hat recht, wenn er meint, eine solche Vereinbarung tue der Würde der Konferenz wesentlich bei. Da das genannte Blatt in engen Verbindungen mit den Regierungskreisen steht, so darf man annehmen, daß seine Anregung die Stellung der Regierung kennzeichnet. Hoffentlich verhält sich die deutsche Regierung dazu nicht ablehnend. Daß die französische Regierung die Konferenz angenommen hat, noch ehe ihr die Note amtlich überreicht wurde, ist sehr erstaunlich und besonders dankenswert. Sie hat dadurch gezeigt, daß es ihr darum zu tun ist, rasch zu arbeiten, um so jeder weiteren Beunruhigung vorzubeugen. Da nunmehr die vielumstrittene Konferenz gesichert ist, darf man hoffen, daß auch der weitere Verlauf des Marocco-Prozesses sich ohne ernste Störungen vollziehen werde.

Zur marokkanischen Frage ergreift jetzt auch der Erzbischof von Rouen, Wigr. Auget, das Wort, und zwar in seinem amtlichen "Bulletin de Rouen". Natürlich kann er als Kirchenfürst nicht umhin, bei dieser Gelegenheit die angebliche Verfolgung der Religion in Frankreich zu beklagen und zu behaupten, daß sie Frankreich verhindere, seine Macht in der Welt zu spielen. Dann geht der Erzbischof auf die Betrachtung der Weltlage über und löst sich dahin vernehmlich, daß der Konflikt zwischen den drei großen Weltgruppen, den osmanischen, den angelsächsischen und den europäischen Kontinentalnationen, unabsehbar geworden sei; hierauf zieht er fort: „Ich glaube nicht, daß das Ereignis von Tanger (der Verlust des Kaiser), das unten politisch Welt in eine nur zu berechtigte Aufregung verholt hat, nur ein Zufall ist; nein, es ist auch ein Mittel, Deutschland führt uns in seine Pläne hineinzuziehen. Es hat die Folgen des Triumphes Ottomans und des angelsächsischen Erbgeistes erkannt. Es möchte ihnen eine Liga entgegenstellen, die mit Österreich und Italien auch Rußland und Frankreich umfassen könnte. Von einem französischen Erzbischof gewiß eine bemerkenswerte Kundgebung.“ General de Gallifet gibt gleichfalls in der gewohnten originellen Kürze seine Meinung an der Tagesfrage zu erkennen, und zwar eine sehr beruhigende Meinung. Er lädt nämlich einem Mitarbeiter des "Gaulois" folgende Zeilen zu: „Ich beharre dabei, nicht an den Krieg zu glauben. Man müßte denn so verbündet sein, wie es der Herzog von Grammont war. Nicht mehr als wir männliche Deutsche sind im Krieg. Aber das ist nicht der Augenblick, das zu unterdrücken, was zur Sammlung und zum Angriffe ruft. Anfang auf den Plan, die Trommler abzuschaffen. U. d. R. Wie unvorstellbar! Nur England wünschte den Krieg zu seinem Nutzen und auf unsere Kosten. Schlagen Sie in Ihrer Zeitung den Winkel zur Vernunft und zur Ruhe. Ergebnis General Gallifet.“

Den von der Konferenz auszuholenden Punkten widmet, dem Regierungsbüro "Soir" folge. Nouvier bei seiner letzten Besprechung mit Adolphe, die über eine Stunde dauerte, große Aufmerksamkeit. Einige Tage der Galionsfahrt gaben die Angelegenheit, so scheint es fast ungemeinlich, daß das Unternehmen Frankreich erfordert, seinem Verbündeten Rußland in die Liga Central Europeas zu folgen. Wenn Frankreich das tut, so wird es das mit Würde tun, wie es vor einigen Jahren seine Armeen zu den deutschen und russischen in Ostasien stochten ließ. Von einem französischen Erzbischof gewiß eine bemerkenswerte Kundgebung. — General de Gallifet gibt gleichfalls in der gewohnten originellen Kürze seine Meinung an der Tagesfrage zu erkennen, und zwar eine sehr beruhigende Meinung. Er lädt nämlich einem Mitarbeiter des "Gaulois" folgende Zeilen zu: „Voraussichtlich wird die Zeit bis zum Zusammentreffen der Konferenz奔走 werden, um eine allgemeine deutsch-französische Verständigung anzubahnen.“

Ullipier, Consul von 1870, äußerte sich wie folgt zur Tagesfrage: Wir hatten schwer unrecht, unzureichende Politik mit Marocco, diesem Seitentum von Mexiko, unzureichende Amtsentfernung zu belasten. Diesen Mißgriff in einem töte-töte mit Deutschland einzugehen, wäre der größere Fehler; aber vor der Konferenz können wir vor unzulänglichen Plänen zurückstehen, was wir wollen, ohne uns zu demütigen. Daraum erscheint die Konferenz vom französischen Standpunkt als einziger richtiger Ausweg.

Prinz von Anhalt-Ludwig von Arenberg, einer der Führer des Zentrums im Deutschen Reichstag und im Landtag, der dem Reichsamt für Ärzte und Ärzte persönlich sehr nahe steht, hat einem Berichterstatter der "N. R. Pr." folge, seine Meinung über den gegenwärtigen Stand der Marocco-Frage geäußert. Prinz Arenberg betonte mit allem Nachdruck, er habe keine Meinung zur Vermeidung künftiger Machtverhältnisse zu fixieren willens ist. Bezüglich der Errichtung eines internationalen Kontrollorgans für die Reform der marokkanischen Armee und der Finanzen zeigte Nouvier auch jetzt noch keinerlei Begeisterung. Dieser Punkt stand aber keineswegs im Vordergrund eines durchaus angenehmen Charakters, trugend, sich in allgemeinen Linien einzuvernehmen. So auf der Tagesfrage ist: Voraussichtlich wird die Zeit bis zum Zusammentreffen der Konferenz奔走 werden, um eine allgemeine deutsch-französische Verständigung anzubahnen.“

In der "N. R. Pr." entwidelt ein Pariser Mitarbeiter die Genesis der Kriegsfront in Paris und erläutert: Es wird jetzt bekannt, daß Delcassé ein Defensiv- und Offensivbündnis mit England abschließen wollte. Im letzten Ministerrat hat er dieses bereits mit dem englischen Minister des Äußern, Lord Lansdowne, vereinbarte Vereinbarungen den Kollegen, welche unter Vorbehalt verjährt waren, vorlegen. Er unterstützte den Vertragsentwurf durch ein Exposé seiner Politik und durch Verleihung von Dokumenten, unter welchen sich ein Bericht des Botschafters Barrère in Rom befand,